

sten mit Angehörigen geistlicher Berufe und nicht zuletzt durch das Gebet. Die beste Werbung sind positive Erfahrungen mit den Gemeinschaften selbst und die Begegnung mit Mitgliedern, die überzeugen können, weil sie zu ihrer Berufung stehen und sich entschieden dazu bekennen.

Empfehlung 12:

„Es wird den Gemeinden und Dekanaten empfohlen, hin und wieder zusammen mit den geistlichen Gemeinschaften einen Tag der geistlichen Berufe zu veranstalten, an dem die Gemeinschaften sich bekannt machen, mit den Gemeinden ins Gespräch kommen und miteinander beten. Zu solchen Tagen sind vor allem Jugendliche einzuladen.“¹¹

4.3.3 Ausscheiden aus einer Gemeinschaft

Ohne die Gründe für das häufiger gewordene Ausscheiden von Ordensleuten in den letzten Jahren analysieren zu wollen, scheint es der Synode wichtig, auf folgendes aufmerksam zu machen:

- a) Nicht nur die Mitglieder der geistlichen Gemeinschaften selbst, sondern alle Christen, Priester und Laien haben in dieser Zeit erhöhter Bedrohtheit geistlicher Berufungen eine erhöhte Pflicht zum Glaubenszeugnis und zu aufrichtiger Bruderliebe, um einander zu stützen, zumal die Resignation vieler Christen, auch in den geistlichen Berufen, groß ist und ansteckend wirkt.
- b) Es bedarf für diejenigen, die um ihre Berufung ringen, einer persönlichen Hilfe und Beratung, an der es leider oft auch schuldhaft fehlt, weil viele es nicht mehr wagen, positiv zu einer geistlichen Berufung zu stehen.
- c) Auch diejenigen, die den Schritt aus ihrer Gemeinschaft heraus tun zu müssen glaubten, dürfen aus der Sorge ihrer Gemeinschaft und aller Mitchristen nicht entlassen werden, sondern haben ein bleibendes Recht auf Verstehen und Liebe.

Empfehlung 13:

„Alle Verantwortlichen sollen sich dafür einsetzen, daß ausscheidende Ordensleute einen ihrer Ausbildung angemessenen Beruf wählen können und ihren Platz in der Gesellschaft finden. Sie sollen, soweit möglich, die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung stellen und es an menschlicher Hilfe nicht fehlen lassen.“¹²

5. Nachwort

Die Kirche Deutschlands hat den geistlichen Gemeinschaften, vor allem den Orden, viel zu verdanken. Auch in Zukunft ist sie auf ihr Zeugnis und ihren Dienst angewiesen. Allerdings richtet die Synode an sie die Bitte, sich der vielfach veränderten Situation nicht nur zu stellen, sondern Gottes weiterweisenden Anruf darin zu erkennen, damit das jetzt von Gott Geforderte in ihnen und durch sie wachsen kann. Orden und geistliche Gemeinschaften sind zu allen Zeiten ungewohnte Wege gegangen. Um des Herrn willen wurden sie zu „Toren“. Wenn sie auch heute bereit sein müssen, allzu selbstverständlich Gewordenes zu verlassen und ins Unbekannte aufzubrechen, bedeutet das nicht, daß in der Vergangenheit alles falsch war, sondern, daß sie zusammen mit allen Christen ihren Glauben unter Beweis zu stellen haben. Für diesen Weg der ständigen Umkehr, aber auch kluger Experimente und Offenheit für neue Aufbrüche und Wandlungen in den kirchlichen Gemeinschaften ist nicht nur Sachkenntnis und Entschlossenheit erforderlich, sondern vor allem Mut zur eigenen Berufung aus einer tiefen Christusverbundenheit. Unerläßlich für Fortbestand und Zukunftsentwicklung der geistlichen Gemeinschaften ist dabei aber das Verständnis, die Solidarität und die Mithilfe aller Gläubigen. Wie die Gemeinschaften für die ganze Kirche da sind, müssen sie auch von der ganzen Kirche mitgetragen werden. In den Gemeinschaften muß man bereit sein zu einem oft schweren Neuaufbruch; an den Gemeinden ist es, den Gnadengaben, die Gott schenken will, Raum zu schaffen und sie zu fördern.

¹ Vgl. II. Vatikanisches Konzil, *Perfectae Caritatis*, 12–14. ² Vgl. II. Vatikanisches Konzil, *Christus Dominus*, 33–35. ³ Vgl. *Motu proprio* „*Ecclesiae Sanctae*“ I, 28, 29, 39 zum Dekret „*Christus Dominus*“ 33–35. ⁴ Vgl. die entsprechenden Ausführungen in der Synodenvorlage „*Die pastoralen Dienste in der Gemeinde*“. ⁵ Vgl. die entsprechenden Weisungen der Synodenvorlage „*Die pastoralen Dienste in der Gemeinde*“. ⁶ Vgl. II. Vatikanisches Konzil, *Perfectae Caritatis*, 10. ⁷ Vgl. ebd. 9. ⁸ Vgl. II. Vatikanisches Konzil, *Perfectae Caritatis*, 13. ⁹ Vgl. die Synodenvorlage „*Die pastoralen Dienste in der Gemeinde*“. ¹⁰ Vgl. die Synodenvorlage „*Missionarischer Dienst an der Welt*“. ¹¹ Vgl. Pastorale Handreichung „*Berufe der Kirche — unsere Verantwortung*“, hrsg. i. A. der Deutschen Bischofskonferenz vom Informationszentrum Berufe der Kirche (7800 Freiburg, Schoferstraße 1) 1973. ¹² Vgl. die entsprechenden Forderungen der Synodenvorlage „*Die pastoralen Dienste in der Gemeinde*“. Vgl. außerdem Direktiven der Religionskongregation vom 25. 1. 1974 und das diesbezügliche Schreiben an den Vorsitzenden der Union der Generaloberen (URSG = *Unio Romana Superiorum Generalium*) vom 30. 1. 1974 (Prot. N. Sp. R. 246/73), deutsche Übersetzung in „*Ordenskorrespondenz*“ 1974/3 (15. Jhg.), S. 306–308.

Zeitbericht

Lateinamerika: Menschenrechte außer Kraft?

„Der Erzbischof von São Paulo, Kardinal Evaristo Arns, hat die Gläubigen in seiner Diözese über ‚eine immer größere Zahl von Festnahmen aus Gründen der nationalen Sicherheit‘ informiert. In einer Bekanntmachung ... ver-

urteilt der Kardinal vor allem die näheren Umstände der Verhaftungen, die seiner Meinung nach sowohl gegen die Menschenrechte als auch gegen das brasilianische Gesetz verstoßen“ (KNA, 19. 3. 75). Die Kirche kritisiert men-

schenrechtsverletzende Maßnahmen durch Regierungen und Behörden: ähnliche Vorgänge registrierte die internationale Presse in diesem Jahr wenn nicht täglich, so doch in bedenklich dichter Folge. Daß die Konflikte zwischen der Kirche und den Regierungen in den Ländern Lateinamerikas an Zahl und Schärfe der Auseinandersetzung zunehmen, ist zunächst Indiz sowohl für eine Eskalation der Gewalt in diesem Kontinent wie für die wachsende Bereitschaft der Kirche, auf Repressalien zu reagieren, indem sie diese öffentlich anprangert.

Konstellationen voller Konflikte

Ein Blick auf die jüngste politische Entwicklung der 19 Staaten Lateinamerikas läßt eine Vielzahl von Spannungen erkennen, die ihre Regierungen nur mühsam auszuhalten imstande sind. Zur Stärkung ihrer Position scheinen wieder einmal die Streitkräfte unentbehrlich geworden zu sein: von 1963 bis 1973 stieg die Zahl der Militärregierungen von vier auf zwölf, nicht eingerechnet die Staaten, deren Regierung nur optisch — etwa in der Person des Regierungschefs — eine zivile ist, wie zum Beispiel in Uruguay. Außer auf die Militärs stützen sich die Regierungen traditionsgemäß auf die Oberschicht des Landes, auf die Großgrundbesitzer und neuerdings auf die Industriellen. Früher hat man als dritte Säule die katholische Kirchenführung dazu gezählt. Doch diese versucht zögernd zwar, aber deutlich auf Distanz zu gehen. Die regimeerhaltenden Kräfte sind wachsenden Anfeindungen der politischen Opposition und dem zu politischem Bewußtsein erwachenden Volk ausgesetzt. Wo die politische Opposition sich nicht als Stimme des bisher lediglich regierten ‚einfachen‘ Volkes qualifiziert (etwa in Uruguay und Kolumbien) oder wo sie von einer ‚starken‘ Regierung erst gar nicht geduldet wird (Bolivien, Chile), zeigen sich unverkennbare Ansätze zur Radikalisierung. Dieser soziale und politische Prozeß wird zum Beispiel überall dort sichtbar, wo besitzlose Bauern illegal Land besetzen, weil sie die Hoffnung auf eine Landreform „von oben“ aufgegeben haben.

Eng verflochten mit diesen Vorgängen ist die noch andauernde politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der nördlichen Hälfte des Kontinents. Sie wird vor allem von den Ländern Lateinamerikas aufrechterhalten, die einen betont antikommunistischen Kurs verfolgen und wie Brasilien, Chile, Bolivien von Militärregimen geführt werden. Der in diesen Ländern besonders stark auftretende Widerstand gegen die US-freundliche Regierungspolitik führte etwa im vorübergehend marxistisch regierten Chile folgerichtig zu radikalen Enteignungen und zur Verstaatlichung amerikanischer Unternehmen.

In diesem Spannungsfeld, so scheint es, können die Regime in Lateinamerika, das von links gerichteten Militärs regierte Peru nicht ausgenommen, existenzbedrohende Machtverschiebungen nur noch mit einer Politik der eiser-

nen Hand, das heißt mit Gewalt, verhindern. Daß dabei die Grundsätze der Genfer Konvention über die Menschenrechte in besorgniserregendem Ausmaß machtpolitischen Entscheidungen zum Opfer fallen, stößt in der katholischen Kirche dieser Länder auf wachsenden Widerstand. In Wahrnehmung ihrer „Sorge um den ganzen Menschen“ (Konferenz von Medellín 1968) ist sie moralisch das schlechte Gewissen der Regime, machtpolitisch aber ein nicht zu unterschätzender Störfaktor geworden. Aus dieser Konstellation erwachsen notwendig Konflikte, die Regierung und Kirche (worunter Bischöfe, ein Teil des Klerus und kirchliche aktive Gruppen zu verstehen sind) in den betreffenden Ländern auf unterschiedliche Weise zu lösen bemüht sind.

Honduras — beinahe exemplarisch

Als sich am 25. Juni dieses Jahres 12 000 Landarbeiter aus den Provinzen der mittelamerikanischen Republik Honduras zu einem Hungermarsch auf die Hauptstadt Tegucigalpa in Bewegung setzten, um ihrer Forderung nach schneller Verwirklichung der Landreform Nachdruck zu geben, wurden sie in Juticalpa in der Provinz Olancho von Militärs und Söldnern der Landbesitzer aufgehalten. Dabei wurden mindestens 20 der Demonstranten getötet. Einer der beiden Priester, die den Marsch begleiteten, der amerikanische Franziskanerpater *Michael J. Cypher*, wurde auf der Stelle erschossen. Zwei Laienhelferinnen und der kolumbianische Priester *Ivan Betancort* wurden entführt und später erschossen. Die Leichen der Priester, der Laienhelferinnen und fünf weiterer Opfer wurden drei Wochen später im Brunnschacht einer Großfarm gefunden. Eine von der Kirche geforderte Untersuchung der Verbrechen ist noch immer nicht abgeschlossen. Die Vereinigung der Landbesitzer veröffentlichte ein Kommuniqué, in dem die Priester als „Störenfriede“ und „Agenten des internationalen Kommunismus“ bezeichnet wurden, „die sich der heiligen Kirche bedienen, um die soziale Agitation anzuheizen“. Bischof *Nicolas d'Antonio*, Oberhirte der Prälatur Olancho, gab bekannt, einige Großgrundbesitzer der Region hätten eine Kopfprämie von 10 000 Dollar auf ihn ausgeschrieben.

Der Vorgang ereignete sich in einem Land Lateinamerikas, das seine Bewohner nach der Naturkatastrophe 1974 und ihren Folgen nicht mehr ernähren kann. Der Wirbelsturm vernichtete die Ernte 1974, die folgende Dürre fordert in der Zentralregion von Honduras täglich sechs Menschenleben. So richtete Bischof d'Antonio einen Hilferuf an das Ausland, den Bewohnern seiner Bistumsregion zu helfen, die sich teilweise von Wurzeln und Insekten ernähren. Die Regierung von Honduras reagierte auf die innenpolitisch angespannte Lage, indem sie ankündigte, die amerikanische Bananenkompanie „United Brands“ werde künftig besteuert, ihre Besitzungen in Honduras verstaatlicht. Die Agrarreform von 1968 bleibt jedoch

unverwirklicht, obwohl das Militär im Frühjahr 1975 die Durchführung der Landreform als Ziel des Putsches hinstellte, nachdem unter Präsident *Lopez Arellano* als Folge hoher Bestechungsgelder amerikanischer Firmen die Bananenexportsteuer zu Lasten des Volkseinkommens stillschweigend um ganze 75 Prozent gesenkt worden war. Die knapp 700 Großgrundbesitzenden Familien in Honduras sind dank einer schlagkräftigen privaten Miliz und guter Beziehungen zu den Nachbardiktaturen auf den Tag der Bodenreform vorbereitet.

Der Erzbischof von Tegucigalpa, *Hector Santos*, gab am 19. Juni die Exkommunizierung der Mörder der beiden Priester nach dem kanonischen Recht bekannt. Die Bischofskonferenz von Honduras sowie die katholischen Organisationen des Landes beklagten in einem Schreiben an Staatschef Oberst *Melgar Castor* die vielfältigen Behinderungen kirchlichen Lebens in der Provinz Olancho durch gemeinsame Aktionen von Militär, Großgrundbesitzern und Viehzüchtern. In dem Brief, der im amtlichen Organ des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) Ende Juli veröffentlicht wurde, heißt es: „In einem Augenblick, in dem so viele Menschen hungern, verwahrlosen, den letzten Halt verlieren und noch zusätzlich gequält werden, bittet die Kirche ... um die wirksame und zügige Durchführung einer gerechten Landreform. Die Kirche wiederholt schließlich ihre Forderung, daß man sie (wie bisher) in Frieden ihrer Aufgabe der Verkündigung und der Förderung des Menschen („promoción humana“) nachkommen läßt, damit sie ihre Pflicht erfüllt, dem Volk von Honduras zu dienen, insbesondere dem ärmsten und unterdrücktesten Teil des Volkes, der die Mehrheit darstellt“ (CELAM, Juli 1975, Nr. 96).

Der Generalsekretär des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM), Bischof *Alfonso Trujillo*, Bogotá, nahm die Gewalttaten in Honduras zum Anlaß für eine analytische Betrachtung aus christlicher Sicht über die zunehmende Mißachtung fundamentaler Menschenrechte. In dem „Gewalt und Verzweiflung“ überschriebenen Artikel (vgl. a. a. O.) würdigt der Bischof den Einsatz der Priester und Laien für die „campesinos sin tierra“ — die Landarbeiter ohne Land. Die für die Morde in Honduras Verantwortlichen nennt er „ein Interessenskonsortium, taub für den Schrei nach Gerechtigkeit und Verteilung der Güter, aber gewalttätig“. Aus der lapidaren Aufzählung ähnlicher Vorfälle in Bolivien, Chile, Paraguay, Argentinien, Panama und Peru zieht Trujillo die Bilanz: „Es existiert eine systematische Mißachtung des Menschen, seines Lebens und seiner Rechte.“

Der Beitrag des CELAM-Generalsekretärs führt über das bloße Denunzieren der Menschenrechtsverletzungen hinaus. Protest und Anklage hält der Bischof in Übereinstimmung mit vielen seiner Amtsbrüder in Lateinamerika (und im Gegensatz zu mindestens ebenso vielen) für eine selbstverständliche Pflicht. Bischof Trujillo stellt Gewalt dar als Frucht der Verzweiflung, die aus der Enttäuschung und der daraus folgenden Menschenverachtung er-

wächst. Trujillos Analyse einer Psychologie der Gewalt ist einfach und vor allem pastoral motiviert. Sie soll denjenigen Christen, die Ordnung und Ruhe für das höchste Gut halten und Gewalt in ihren subtilen Formen gar nicht als solche erkennen, das Entstehen und Ausüben von Gewalt aufzeigen. Denjenigen, die sie ausüben und darüber hinaus — gleichgültig ob es sich um Gewalt „von oben“ oder Gewalt „von unten“ handelt — rechtfertigen wollen, führt er das spezifisch Unchristliche der Gewalt und ihrer Wurzel, der Verzweiflung, vor Augen. Frei von ideologischen Anklängen schildert Bischof Trujillo die Formen der Gewalt in den verschiedenen Gesellschaftssystemen: „Sie verbirgt sich in jedem System. Subtil, verkleidet, aber zerstörerisch wirkt sie im Kapitalismus; lärmend, brutal im Guerillakampf und im Gegendschlag, der ihn ersticken soll. In marxistisch-sozialistischen Regimen erscheint sie systematisch und kalkuliert ... Repressiv und von stählerner Härte in einigen Militärregimen.“

Bolivien: Sozialpastoral als Störenfried

„Repressiv und mit stählerner Härte“ regieren die Militärs unter Oberst *Hugo Banzer* seit August 1971 das südamerikanische Binnenland *Bolivien*. Mit der im November 1974 eingeführten „Neuen Ordnung zur Erhaltung des sozialen Friedens“ setzte Banzer alle demokratischen Freiheiten außer Kraft; Neuwahlen wurden auf 1980 verschoben. Einzige Stimme der Opposition ist heute noch die Kirche. Radikale Säuberungen haben der Bedrohung durch Guerilleros ein Ende gesetzt (der Führer der Partisanen, der Kubaner *Che Guevara*, wurde 1967 in Bolivien erschossen), so daß die Kirche in Bolivien überwiegend gegen Repressionen durch die herrschende Ordnung aufsteht. Sie hat sich als Stimme der Bauern und unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeitenden Bergleute aus den Zinnminen profiliert.

Es sind jedoch nicht nur die lautstarken Proteste der Kirche gegen willkürliche Regierungsmaßnahmen, die sie dem Regime suspekt macht. Vielmehr beobachten die Behörden mit Mißtrauen und zunehmender Ablehnung die kirchliche Sozialarbeit unter den Bauern und Mineralarbeitern. Getreu den Grundsätzen von Medellín verfolgt die Kirche auch in Bolivien eine Pastoral, die auf Erlösung des ganzen Menschen, das heißt auf Befreiung nicht nur von individueller Sünde, sondern auch von der Sünde kollektiver Unterdrückung gründet. Was die Priester in ihren Gemeinden predigen, wird von der Regierung nicht nur als „subversiv“ bezeichnet; für die herrschende Ordnung ist diese Verkündigung tatsächlich gefährlich subversiv.

Über eine intensive Pastoral der „Concientización“, der Bewußtseinsmachung, erfahren etwa die Campesinos, daß ihre Besitzlosigkeit keineswegs gottgewollt ist. Überall dort, wo dieser Samen aufgegangen ist, wird der Ruf nach Veränderung laut, und dieser Ruf bedroht die ohnehin

nur gewaltsam aufrechterhaltene Ordnung bis in ihre Existenz. Auf der Basis der katholischen Soziallehre baut die Kirche in Lateinamerika ihre Strategie der Hoffnung, die dem sozial Schwachen seine Würde als Menschen bewußtmacht.

In der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder hat diese Pastoral zur Gründung von mehr oder weniger kirchlich engagierten Gruppen geführt, die den „Cambio“, die Veränderung ihrer Lebensverhältnisse und der sie bedingenden Strukturen nicht nur fordern, sondern auch selbst aktiv daran arbeiten. Landwirtschaftliche Genossenschaften von Kleinbauern sind eine friedliche Errungenschaft dieser kirchlichen Sozialarbeit; illegale Landbesetzungen zeugen dagegen von wachsendem Selbstbewußtsein der Bauern einerseits und der Verzweiflung über das Verharren der Herrschenden in der Ungerechtigkeit andererseits — eine Verzweiflung, die, so scheint es, stärker ist als die christliche Lehre von Gewaltlosigkeit.

So ist in Bolivien wie auch in *Paraguay*, *Uruguay* und *Chile* eine Stufe erreicht, die man als Repression der Reaktion kennzeichnen könnte, das heißt, die Regime reagieren auf die kirchlichen Anklagen wegen Menschenrechtsverletzungen mit neuen Unterdrückungsmaßnahmen, und zwar gegen den Ankläger. Bolivien bietet eine Vielzahl von Beispielen für diese Entwicklung, wie schon aus der Aufzählung bloßer Fakten ersichtlich ist:

Januar 1975: Wegen angeblicher staatsfeindlicher Aktivitäten wird die katholische Rundfunkstation „Pius XII.“ geschlossen und teilweise zerstört. Der von Oblatenpatres geleitete Sender strahlte außer religiösen Programmen auch Sendungen über soziale Fragen für die Bergbauarbeiter der Zinnminen von Siglo Veinte und Cataví aus.

März 1975: Der belgische Dominikanerpater *Eric de Wasseige* und der Kanadier *Jorge Watreille* werden wegen „Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes“ ausgewiesen. Im Februar hatte die bischöfliche Kommission für soziale Fragen die Politik der „Neuen Ordnung“ als „so totalitär“ bezeichnet, „daß sie die härtesten Militärregime Lateinamerikas bei weitem übertrifft“ (zit. nach Informations Catholiques Internationales, 1. 3. 75). Kurz darauf dringen Sicherheitsbeamte in die Wohnung des Erzbischofs von La Paz, *Jorge Manrique Hurtado*, ein, wo Wasseige nach der ersten Ausweisungsandrohung Zuflucht gefunden hatte. Innenminister *Pereda Asbún* warf dem Dominikanerpater vor, federführend bei der Erstellung der Broschüre „Massaker im Tal“ mitgewirkt zu haben. Die Broschüre bezog sich auf einen Vorfall vom Januar 1974 in Cochabamba: damals zerschlug die Polizei eine Straßenblockade, mit der die Bauern der Gegend gegen drastische Preiserhöhungen protestierten. Nach amtlichen Angaben wurden dabei 13 Bauern getötet; die kirchliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden kam jedoch nach umfangreichen Nachforschungen zu dem Ergebnis, daß mindestens 70, wahrscheinlich aber 100 bis 150 Bauern umgekommen seien.

Mai 1975: Unter dem Druck des Regimes wird die natio-

nale Justitia-et-Pax-Kommission aufgelöst. Die Bischöfe kündigen die Errichtung einer neuen Kommission an, die direkt der Bischofskonferenz untersteht und an deren Spitze Bischof *René Fernandez Apaza* von Oruro steht. Der Bischof war bisher nie in soziale Konflikte mit der Regierung verwickelt. Der neuen Kommission sollen auch keine ausländischen Priester mehr angehören.

Juli 1975: Die bolivianische Polizei nimmt 30 Personen fest, die an einem Treffen im Pfarrhof von Oruro im Bergbaugbiet rund 300 Kilometer südlich der Hauptstadt teilgenommen haben. Unter den Verhafteten sind auch drei spanische Ordensfrauen, die Ende des Monats ausgewiesen werden.

August 1975: Der bekannte Führer der Katholischen Arbeiterbewegung (MOC), *Leonardo Rios*, wird verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, subversives Material illegaler politischer Gruppen verbreitet zu haben. Aus dem Protestschreiben von Erzbischof Manrique an den bolivianischen Innenminister geht hervor, daß außer Rios noch weitere MOC-Mitglieder verhaftet worden sind.

Strategien gegen die Kirche?

Daß solche Maßnahmen gegen kirchliche Gruppen und Einzelpersonen mehr sind als Willkürakte verärgelter Behörden, zeigt ein Dokument, das im Juni in Bolivien bekannt wurde. Es wird dem „zweiten Büro“ der bolivianischen Streitkräfte zugeschrieben und enthält strategische Richtlinien, wie in der innenpolitischen Auseinandersetzung gegen Vertreter der Kirche vorzugehen sei. Das Dementi der bolivianischen Bischöfe, es handele sich um ein gefälschtes und überdies nicht ernst zu nehmendes Papier, konnte insofern nicht ganz überzeugen, als die Bischöfe gleichzeitig bestätigten, daß seit geraumer Zeit eine *gezielte Diffamierungskampagne* etwa der regimenahen Presse gegen einzelne Bischöfe, Seelsorger und katholische Laien zu beobachten sei. Dies trifft allerdings exakt den Kernpunkt des Dokuments, diffamierend gegen sozial engagierte kirchliche Persönlichkeiten vorzugehen, sie zu isolieren und Zwiespalt in die Kirche zu tragen, in dem man sich zugleich um ein gutes Verhältnis zu regierungsfreundlichen Kirchenkreisen bemüht.

Punkt 1: „Man darf die Kirche nicht als Institution angreifen, und erst recht nicht die Bischöfe als Gesamtheit, sondern nur den fortschrittlichen Teil der Kirche. Für die Regierung ist der hauptsächliche Vertreter dieser Gruppe Msgr. Manrique. Die Attacken gegen ihn sollen persönlicher Art sein. Man muß ihn von der Hierarchie trennen und ihm Probleme mit dem nationalen Klerus schaffen.“

Punkt 11: „Über einige Presseorgane müssen Stellungnahmen veröffentlicht werden (vor allem in ‚El Diario‘), um Msgr. Manrique und diejenigen Geistlichen und Ordensschwwestern, die Vertreter der fortschrittlichen Linie der Kirche sind, schlecht zu machen.“

Punkt 12: „Freundschaftliche Beziehungen sollen aufrechterhalten werden zu einigen Bischöfen, Kirchenmitgliedern

und einheimischen Priestern, und zwar so, daß die Öffentlichkeit nicht glauben kann, daß es sich um eine systematische Verfolgung der Kirche handelt, sondern nur gegen einige wenige gerichtet ist.“

Der chilenische Jesuit *Gonzalo Arroyo* legt das bolivianische Papier einem Aufsatz über „Die Unterdrückung der lateinamerikanischen Kirche“ in der französischen Jesuitenzeitschrift „Études“ (August/September 1975) zugrunde. Der Autor, führender Vorkämpfer der „Christen für den Sozialismus“ und dezidiert Allende-Anhänger, nimmt das zitierte Papier zum Anlaß, vor einer Verharmlosung staatlicher Übergriffe zu warnen. Und er macht der Mehrheit der Bischöfe dabei Vorwürfe: „Die Kirche scheint nicht zu merken, daß der entfesselte Angriff gegen ihre fortschrittlichsten Mitglieder und Organisationen in Wirklichkeit die Institution in ihrer Gesamtheit und sogar ihr Überleben bedroht. Noch weniger scheint sie die tiefere Absicht der Repression zu verstehen, die in engem Zusammenhang mit einer weltweiten Strategie des internationalen Kapitalismus und seiner örtlichen Verbündeten in den Ländern südlich des Rio Bravo steht.“ Der chilenische Jesuit vertritt, wie aus der Terminologie des Beitrags leicht ersichtlich ist, einen ideologisch eindeutigen Standpunkt und gehört damit zu den ‚untypischen‘, wenn auch profilierten kirchlichen Stimmen. Arroyo gibt sich als „Antiimperialist“ zu erkennen, und er setzt recht ungeschützt die Christen für den Sozialismus mit den reformwilligen Kräften der Kirche gleich. Darin unterscheidet er sich von den Aussagen kirchenamtlicher Vertreter, die um ihrer Unabhängigkeit willen bewußt auf ideologisierende Stellungnahmen verzichten. Diese bewußt geübte Enthaltensamkeit erstreckt sich bei einem beachtlichen Teil der Kirchenführung zwar immer eindeutig auf linksgerichtete Strömungen oder Entwicklungen, während die Distanz zu den auf dem Kontinent herrschenden politischen und Wirtschaftsstrukturen aufgrund einer unbewußten „traditionsgemäßen“ Zustimmung vielfach noch fehlt. Dennoch entspricht das Bemühen um *ideologische Unbefangenheit* nicht nur den Forderungen des kirchlichen Lehramts, sondern hat sich für die Kirche bisher als wirksamste Aktionsform erwiesen. Dagegen sind die Priester der „Christen für den Sozialismus“ in Chile oder die argentinischen „Priester für die Dritte Welt“ ein Beispiel dafür, in welchem Maße die ideologische Affinität ihre Identität als Glied der Kirche und als Priester bedrohen kann.

Aber auch in anderer Richtung geraten kirchliche Personen ins Zwielflicht. Unzweifelhaft, da durch Fakten und Eingeständnisse der Regierung in Washington belegbar, ist die Tatsache einer massiven Einflußnahme aus den Vereinigten Staaten auf die Regierungen Lateinamerikas sowie auf gesellschaftlich relevante Gruppen, unter ihnen die Kirche. Befragungen nordamerikanischer Missionare, die in Lateinamerika tätig sind, über Kontakte zu Agenten der Central Intelligence Agency (CIA) haben gezeigt, daß eine beträchtliche Zahl von Missionaren bereitwillig Informationen für sogenannte statistische Zwecke preis-

gab, nicht wissend, daß diese Informationen etwa einer Organisation mit dem unverdächtigen Namen „Rand Corporation“ Material für Dossiers liefern über Personen und Gruppen, die den Kurs der nordamerikanischen Politik in Lateinamerika stören. Arroyo bezichtigte die „Rand Corporation“, im Auftrag des State Department in Washington gearbeitet zu haben, während die Arbeit der CIA in Lateinamerika als regierungsunabhängiger gilt. Als Mann der Kirche geriet der belgische Jesuit *Roger Veckemans*, ein entschiedener Antipode von *Gonzalo Arroyo*, in den Verdacht der Geheimdiensttätigkeit, als Mitte des Jahres bekannt wurde, daß er mit Millionenbeträgen aus CIA-Fonds seinerzeit den Wahlkampf für *Eduardo Frei* in Chile mitfinanzierte.

In Brasilien: weiterhin Folterungen

In einem Punkt dürfte *Gonzalo Arroyo* recht haben: Es scheint so, als unterschätzten viele Bischöfe in Lateinamerika die Gefährlichkeit der Machtfülle und den Willen zum Machtmißbrauch der hinter den Regierungen, vor allem den Militärregimen, steht. Der brasilianische Erzbischof *Hélder Pessoa Câmara* hat unzählige Male auf diese Gefahr hingewiesen; so erst jüngst wieder in einer Rede in London (vgl. *The Tablet*, 25. 10. 75).

Das zeigt sich jetzt wieder in Brasilien, wo die Mißachtung von Menschenrechten immer noch oder vielmehr schon wieder Schlagzeilen macht. Zunächst schwieg die Kirche, als nach kurzer Zeit innenpolitischer Entspannung in den ersten Monaten der Regierung des Generals Geisel im Bundesstaat São Paulo eine Welle von Verhaftungen und Entführungen Unsicherheit und Angst auslöste. Der plötzliche Tod des Journalisten *Vladimir Herzog* am 25. Oktober veranlaßte die katholische Kirchenleitung jedoch zu zweifacher Reaktion: bei einem ökumenischen Trauergottesdienst für den Journalisten jüdischer Abstammung äußerte der katholische Erzbischof von São Paulo, Kardinal *Evaristo Arns*, in seiner Ansprache Zweifel an der von den Militärbehörden verbreiteten Version, nach der *Herzog* Selbstmord begangen habe.

In São Paulo gilt es als sicher, daß der Journalist an den Folgen der Folterungen während des eintägigen Verhörs gestorben ist, zumal in den darauffolgenden Tagen in São Paulo neun Personen überraschend entlassen wurden, die am selben Tag wie *Herzog* verhört worden waren und Spuren von Folterungen trugen. Am 30. Oktober veröffentlichten 42 katholische Bischöfe aus der Region São Paulo ein Manifest mit dem Titel „Du sollst Deinen Bruder nicht unterdrücken“. In diesem Dokument verurteilen die Bischöfe die willkürlichen Verhaftungen, die wie brutale Entführungen durchgeführt würden, und die Zunahme grausamer Folterungen bis zum Tode.

Die staatliche Repression gegen Menschen, die ihr Recht, so wie es in der Menschenrechtskonvention umschrieben

ist, fordern, wird in Brasilien seit Jahren von rechtsradikalen Gruppen und Organen unterstützt: Die sogenannten Todesschwadronen haben nach der in Lima erscheinenden „Latin American Press“ bisher mehr als 1500 Menschen ermordet. Diese Kommandos setzen sich aus ehemaligen Polizisten und Angehörigen des zivilen und militärischen Geheimdienstes zusammen (LADOC Nr. 49). Ähnliche Mordkommandos existieren in *Guatemala* („La Mano Blanca“, „Ojo por Ojo“), der *Dominikanischen Republik* („La Banda“) und in *Uruguay* („Esquadron de la Muerte“). Die argentinische „Alianza Antiimperialista Argentina“ ist ähnlich konzipiert, hat jedoch als eine von vielen in *Argentinien* wütenden Terrorgruppen einen anderen Stellenwert. Doch herrscht in dem von Gewalt und Korruption ins Chaos getriebenen Lande eine große Rechtsunsicherheit. Nach einem Bericht der internationalen Juristenkommission werden die Verteidiger in politischen Prozessen durch Repressalien unterschiedlichster Art behindert.

Chile: Ein Bischof spricht im Klartext

Daß die Militärjunta in Chile sich nach der Machtübernahme im September 1973 über die Gesetze des Rechtsstaates hinwegsetzte, wie es die Regierung Allende vor allem in ihrer Endphase auch getan hatte, begründete sie mit der Notwendigkeit, erst einmal Herr der Lage zu werden, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Daß nach zwei Jahren der Säuberung die bürgerlichen Freiheiten in Chile immer noch außer Kraft sind und die Ruhe im Land nur mit Ausgangssperre, willkürlichen Verhaftungen, Verschleppungen oder Ausweisungen aufrechterhalten werden kann, zeigt einmal mehr, daß die Opposition im Untergrund noch nicht zerschlagen ist. Eigentliche Ursache für diese restriktive Politik ist jedoch die Tatsache, daß das Regime Pinochet wie die Diktaturen östlicher Prägung und Militärregime des Kontinents (Paraguay, Brasilien) weitgehend präventiv regiert. Es gilt, den Widerstand im Keim zu ersticken, um so das Entstehen einer Opposition von vornherein auszuschalten. Daß es trotz polizeistaatlicher Methoden so etwas wie einen bewaffneten Untergrund gibt (etwa die MIR — Movimiento Izquierdista Revolucionario), ist auch als Reaktion auf eben diese Methoden zu verstehen. Manches spricht sogar dafür, daß die MIR einigen Rückhalt in Teilen der Bevölkerung gewinnt, die nach einer für lateinamerikanische Verhältnisse langen demokratischen Tradition und drei Jahren des chilenischen Experiments unter dem Marxisten Allende jetzt zu politischer Untätigkeit gezwungen ist.

Im Oktober 1975 legte eine UN-Kommission in New York ihren 132 Seiten starken Bericht vor, nach dem in Chile die „Unterdrückung systematisch und in zerstörerischem Maße“ andauerte. Doch schon im August 1975 war die Regierung ins Zwielicht geraten, als sich eine von ihr lancierte Pressemeldung über den „Tod von 119 linksextre-

men Chilenen im Ausland“ als falsch herausstellte. Die ebenfalls veröffentlichte Namensliste dieser Personen, die allesamt von argentinischen Ordnungskräften oder in anderen Ländern des Kontinents „bei Kämpfen untereinander“ umgekommen sein sollen, enthielt jedoch nur Namen von Chilenen, die nach Aussage ihrer Angehörigen und des kirchlichen Friedens- bzw. Flüchtlingskomitees in Chile inhaftiert waren. Eine der angeblichen Quellen für die Meldung, die argentinische Zeitschrift „Lea“, ist nur in einer einzigen Nummer mit eben dieser Meldung erschienen. Die ebenfalls als Quelle angeführte brasilianische Tageszeitung von Curitiba „O Dias“ existiert überhaupt nicht. Kirchliche Stellen und die suspendierte Christdemokratische Partei *Eduardo Freis* forderten eine Untersuchung des Vorfalles; die Junta lehnte ab. Anfang November mußte Chiles Delegation bei den UN einräumen, daß von den Militärs gefoltert wurde.

Dem Sekretär der Chilenischen Bischofskonferenz, Bischof *Carlos Camus*, wurde ein vertrauliches Pressegespräch mit Auslandskorrespondenten Anfang Oktober in Santiago zum Verhängnis. Er bezeichnete die dauernde Mißachtung der Menschenrechte in Chile als größtes Hindernis für ein gutes Verhältnis zwischen Kirche und Staat und berichtete über das Ausmaß an Hunger und Unterernährung in der Bevölkerung. Als seine Äußerungen durch Indiskretion in der chilenischen Presse erschienen, hielten ihm auch seine Amtskollegen, darunter Kardinal *Raul Silva Henríquez*, Kritik entgegen. Bischof Camus stellte daraufhin sein Amt als Sekretär der Bischofskonferenz zur Verfügung; bei ihrer Vollversammlung im Dezember entscheidet die Bischofskonferenz über seinen Antrag.

Der „Fall Camus“ zeigt, welchen schwierigen Weg die Kirche, kirchliche Gruppen oder einzelne Vertreter der Kirche in Lateinamerika eingeschlagen haben. Die Kirche will und muß interne Spannungen, die sich ja auch als fruchtbar erweisen können, aushalten, ohne dabei ihre Einheit aufs Spiel zu setzen. Wie kann die Kirche den Gegensatz überbrücken zwischen den Anhängern einer Staat-Kirche-Allianz in manchen Episkopaten und Priestern, die den rechtlosen Bauern Selbsthilfe und Widerstand gegen die Staatsautorität predigen? Die Kritiker kirchlicher Sozialpastoral geben zu bedenken, daß die Kirche in selbstzerstörerischer Weise verfährt, wenn sie nicht früh genug krankes Fleisch aus dem gesunden Organismus herauschneidet, wobei ‚krank‘ für revolutionär, sozialistisch und kommunistisch steht. Die vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, daß die Kirche in Lateinamerika sich zwar ideologischen Mißdeutungen ausgesetzt hat, im ganzen aber eine gesunde Substanz bewiesen hat. Bisher scheint sie es jedenfalls verkraften zu können, wenn auf ihrem Acker zwischen den Ähren auch ideologieträchtiges Unkraut heranwächst. Diese Gratwanderung der Kirche wird von ihr selbst als Chance gesehen, nicht zuletzt als Chance zum Überleben, die ihr eine Identitätskrise nach europäischem Muster ersparen könnte. Anlaß zur Hoffnung gibt auch

die Tatsache, daß die Kirche in ihrem Kampf für die Menschenrechte und gegen menschenrechtsverletzende Maßnahmen diktatorischer Militärregime größere Rückenstärkung durch den Papst erfährt, der häufiger als früher allgemein, aber auch bei konkreten Anlässen auf ihre Einhaltung pocht.

Zusammenfassend läßt sich aber für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten sagen, daß ihre Regierungen sich nicht länger auf die katholische Kirche als unkritische Verbündete stützen können. Die Kirche hat insgesamt an Unabhängigkeit von der weltlichen Macht gewonnen, und ihre dynamischen Vertreter haben begonnen, diese neue Freiheit in eine mutige, konstruktive Pastoral für die

Armen und Unterprivilegierten umzusetzen. So bezeichnete CELAM-Generalsekretär Trujillo den „Kampf für die Gerechtigkeit“ als „das Herzstück einer echten Sozialpastoral“. Daß die Kirche in einigen Ländern Lateinamerikas die einzige, in anderen die kräftigste Stimme für Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte ist, stellt sie für die kommenden Jahre vor eine Aufgabe von historischem Ausmaß. „Die Wahrheit hat ihren Preis“, kommentierte Bischof Camus in einer Predigt die scharfen Reaktionen auf seine kritischen Äußerungen zur Situation in Chile. Dieser Satz könnte programmatischen Charakter für die zukünftige Aktion der Kirche in Lateinamerika zugunsten der Menschen und ihrer so häufig mißachteten Rechte haben.

Gabriele Baums

Länderbericht

Politische Interessengegensätze im konfessionellen Gewande

Der weiterschwelende Bürgerkrieg im Libanon

„Die reaktionäre Befürwortung eines islamischen oder christlichen Staates ist eine korrupte Angelegenheit, die Ignoranz in religiösen wie politischen Fragen verrät. Es ist klar geworden, daß der Fanatismus der Sekten und Religionen das größte Unheil für die Nation darstellt, das nur durch Förderung des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit aller überwunden werden kann.“ Dieses politische Lebensbekenntnis (aus „Al-Islam fi risalataihi al-messihia wa almuhammadia — Der Islam in seinen christlichen und muhammedanischen Aussagen, Beirut 1958, 243) des schon 1949 in Beirut standrechtlich erschossenen Sozialreformers *Antun Sada* (geb. 1904) konnte nicht treffender und prophetischer für den schrecklichen Bürgerkrieg christlicher und islamischer Parteien vorausgesagt werden, der den Libanon im Herbst 1975 mit Tausenden von Opfern heimgesucht hat.

Die vergessenen Grundsätze des Antun Sada

Das Blutbad hätte vielleicht verhindert werden können, wenn Sadas schon bei Gründung des unabhängigen Staates Libanon auf konfessionell-proportioneller Basis auf-

gestellte sechs Reformprinzipien zur Anwendung gekommen wären: 1. Trennung von Staat und Religion. 2. Verhinderung der Einmischung des Klerus in politische und rechtliche Angelegenheiten von nationaler Bedeutung. 3. Beseitigung der Schranken zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften. 4. Aufhebung des Feudalismus, Organisation der Volkswirtschaft auf produktiver Basis, Sicherung des Rechtes auf Arbeit und wirksamer Schutz der Gemeininteressen von Volk und Staat. 5. Aufstellung einer starken Armee, die bei der Verteidigung des Landes und der Bestimmung der nationalen Geschicke eine effektive Rolle spielen kann (*Antun Sada*, „The Principles and Aims of the Syrian Social Nationalist Party“, Beirut 1949, 21—33).

Damit hat Sada genau jene Schwächen des Libanon aufgezeigt, die latent immer vorhanden sind, aber bei den schwersten Krisen von 1958 und 1975 ganz deutlich hervorgetreten sind: konfessionelle Rivalität, „Klerikalisierung“ des öffentlichen Lebens, krasse soziale Gegensätze zwischen dem wohlhabenden Norden und blutarmen Süden des Landes, Streitkräfte und Polizei in völlig unzureichendem Ausmaß, die den Privatarmeen der verschiedenen Parteien und Religionsgemeinschaften immer